



“Kinderbetreuung für unter 3jährige”

8 Forderungen von Frau in der Wirtschaft

1) Steigerung der Betreuungsquote unter 3jähriger auf 33 Prozent gemäß Barcelona-Zielen

Die Betreuungsquote in dieser Altersklasse liegt derzeit im Österreichschnitt bei nur 25,5* Prozent. Frau in der Wirtschaft fordert, dass flächendeckend für mindestens 33 Prozent der unter 3jährigen Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Nur ein Mehr an Betreuungsplätzen für die Kleinsten ermöglicht es Müttern, rasch wieder in den Job einzusteigen.

2) Flächendeckend Kinderbetreuung schaffen - auch im ländlichen Raum

Das Angebot an Betreuungsplätzen im ländlichen Bereich hinkt jenem in den Ballungszentren nach wie vor deutlich hinterher: So liegt in 33 Bezirken österreichweit die Betreuungsquote bei institutioneller Betreuung unter 3jähriger unter 10 Prozent. Frau in der Wirtschaft fordert daher den raschen flächendeckenden Ausbau der Betreuungsangebote für unter 3jährige auch im ländlichen Raum.

3) Betreuungszeiten den Arbeitsrealitäten anpassen

Sowohl die täglichen Öffnungszeiten als auch die Ferienzeiten entsprechen nicht den Erfordernissen der modernen Arbeitswelt. Nur zwei Drittel der institutionellen Einrichtungen für unter 3jährige haben bis mindestens 16 Uhr geöffnet und 80 Prozent der Einrichtungen sind um 18 Uhr bereits geschlossen. Jede 10. Krippe hat zumindest 10 Wochen Ferien pro Jahr, ein Viertel der Krippen zumindest 6 Wochen. Frau in der Wirtschaft fordert daher, die Schließzeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen auf 3 Wochen pro Jahr zu reduzieren und die Öffnungszeiten auf mindestens 50 Stunden pro Woche auszuweiten.

4) Ausweitung steuerliche Absetzbarkeit

Mehr als ein Drittel der Unternehmerinnen muss auch an den Wochenenden arbeiten. Daher braucht es zusätzlich zu den erweiterten Öffnungszeiten auch die Unterstützung von individuellen und flexiblen Lösungen. Frau in der Wirtschaft fordert daher, das Alter für die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten von 10 auf 14 Jahre auszuweiten.

5) Kinderbetreuung wahlweise am Wohnort oder Unternehmensstandort

Künftig soll es unkompliziert möglich sein, dass Elternteile ihre Kinder wahlweise in der Gemeinde des Unternehmensstandorts oder in der Wohngemeinde betreuen lassen können. Frau in der Wirtschaft fordert daher eine stärkere Vernetzung der Gemeinden, damit die Kinderbetreuung am Wohnort oder am Ort, an dem man seine Berufstätigkeit ausübt, in Anspruch genommen werden kann.

6) Transparentes System und Datenbank beim Aufnahmeverfahren

Frau in der Wirtschaft fordert ein transparentes System, über das Eltern einerseits unbürokratisch einen Überblick über freie Betreuungsplätze in ihrer Umgebung bekommen und über das andererseits auch rasch Zu- bzw. Absagen online abgewickelt werden können.

7) Qualität in der frühkindlichen Förderung

Neben der Betreuung soll die frühkindliche Bildung und Förderung stärker in den Vordergrund rücken, da neben positiven gesellschaftspolitischen auch positive ökonomische Effekte dadurch erzielt werden können. Jeder in die frühkindliche Förderung investierte Euro bringt langfristig den achtfachen Nutzen (Quelle ibw). Frau in der Wirtschaft fordert daher von der nächsten Regierung die Errichtung einer Expertengruppe zur Erarbeitung von länderübergreifenden Qualitätsstandards für die frühkindliche Entwicklung.

8) Österreichweit einheitliche Mindeststandards

In Österreich ist die Kinderbetreuung „Ländersache“ und fällt in die ausschließliche Gesetzgebungs- und Vollziehungszuständigkeit der Bundesländer. Sowohl was Qualitätsstandards anbelangt, als auch in der Organisation bestehen maßgebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Frau in der Wirtschaft fordert daher eine österreichweite Vereinheitlichung der Mindeststandards in den wesentlichsten Punkten.